



Der älteste französische Atommeiler – in Fessenheim – ist nicht weit vom Ortenaukreis entfernt.

FOTO: DPA

## „Den Atomkurs korrigieren“

FDP-Kreisrat Karlheinz Bayer fordert Kurswechsel / Regierungspräsidium hat Notfallpläne

ORTENAU/FREIBURG (obe). Die Diskussion um die Nutzung der Atomkraft ist angesichts der Tragödie von Japan voll entbrannt und wird auch im Ortenaukreis vehement geführt. Der Renchtäler FDP-Kreisrat Karlheinz Bayer etwa pocht nun mit deutlichen Worten darauf, „den Atomkurs zu korrigieren“. In einem Schreiben an den Generalsekretär der Liberalen, Christian Lindner, droht er: „Ich sträube mich dagegen, weiter Wahlkampf für diesen Irrweg zu machen.“

Das nächste Atomkraftwerk produziert im elsässischen Fessenheim – 30 Kilometer von Freiburg entfernt – Strom. Was wäre wenn? Diese Frage eines atomaren Super-GAU will sich niemand wirklich vorstellen, doch das Regierungspräsidium in Freiburg (RP) muss vorbereitet sein. Im Falle einer Katastrophe in Fessenheim läge auch die Ortenau in der Gefahrenzone. Notfallpläne liegen in der Schublade.

„Wir wollen den Menschen größtmögliche Information an die Hand geben“, erklärt RP-Sprecher Matthias Henrich. Im Netz ist unter anderem eine Notfallbrochure zu finden. Vor kurzem wurde der Zugang zu den Katastrophenschutz-Seiten im Netz verbessert und ein Link direkt zu den aktuellen Messdaten und eventuellen Meldungen des Kernkraftwerks (KKW) Fessenheim sichergestellt. „Wenn ein Bürger etwas sieht oder hört, kann er direkt nachschauen.“

Der Fachbereich Katastrophenschutz im Regierungspräsidium – [www.rp-frei-](http://www.rp-frei-)

[burg.de](http://www.rp-frei-burg.de); Abteilung 1, Referat 14 – hat unter anderem die Aufgabe der Vorsorgeplanungen für die deutsche Umgebung der grenznahen Kernkraftwerke Fessenheim im Elsass sowie Beznau und Leibstadt in der Schweiz, außerdem die Sicherstellung des Einsatzstabes einschließlich des Kernreaktor-Fernüberwachungssystems auf Ebene des Regierungspräsidiums. Die Informationen umfassen Verhaltenstipps bei einem radiologischen Notfall, etwa: nach Sirenen-Alarm auf Lautsprecher- und Rundfunk-Durchsagen zu hören, im Haus zu bleiben, Lüftungs- und Klimaanlage auszuschalten.

### Atomkraftwerk Fessenheim bereits 1978 in Betrieb genommen

Ebenso sind die Notwendigkeiten im Falle einer angeordneten Evakuierung aufgeführt, wie das Packen eines Notgepäcks mit Kleidung für zwei bis drei Tage, Ausweispapieren, Geld und Medikamenten. Die Notfallpläne haben das Regierungspräsidium Freiburg und die Präfektur Haut-Rhin in Colmar gemeinsam erstellt. Im Falle einer Reaktor-Katastrophe läge die Ortenau innerhalb der so genannten Fernzone – 100 Kilometer – um das KKW. Die Zone ist wiederum in Sektoren unterteilt, um Mess- und Probenahme-Orte festzulegen sowie Alarmmaßnahmen vorzubereiten.

Die Ereignisse in Japan nahm die Initiative „Stop Fessenheim“ gestern zum Anlass, erneut die sofortige Abschaltung des ältesten französischen Atommeilers zu fordern. Die Risiken, die vom KKW Fes-

senheim ausgehen, seien hinlänglich bekannt. Einen meldepflichtigen Vorfall gab es etwa 2004. Damals gelangten in einem der Blöcke Ionenaustauscher-Harze ungewollt in den Reaktorkreislauf, der Reaktor wurde von Hand abgeschaltet und heruntergekühlt. Im Dezember 2009 wurde der zweite Reaktor des Kernkraftwerks wegen Problemen im Kühlkreislauf vorerst abgeschaltet. Das Kraftwerk ist seit 1978 in Betrieb, wurde aber bereits Anfang der 70-er Jahre geplant.

An den Landtagswahl-Infoständen ist das Thema bereits ebenfalls angekommen. Jetzt meldete sich FDP-Kreisrat Karlheinz Bayer aus Bad Peterstal in einem Brief mit klaren Worten an FDP-Generalsekretär Christian Lindner und weitere Parteifreunde zu Wort. In Bezug auf die Ereignisse in Japan beteuert der Mediziner: „Fukushima ist Wyhl, ist falsch besetzt von der FDP“. Die Frage, warum der Atomausstieg gekippt wurde, höre er von Bürgern immer wieder. Bayer: „Wir, die FDP, als sie noch F.D.P. hieß, und ich, als ich noch Jungdemokrat war, sind in Wyhl mit den Bauern, Pfarrern und augenscheinlich den ganzen Südbadern auf die Straße gegangen und haben Wyhl gegen den Widerstand des furchtbaren Juristen und Ministerpräsidenten Filbinger verhindert.“ An den Werten und Wahrheiten von damals habe sich kein Deut geändert. Jeder Tag, an dem an der Kerntechnologie festgehalten werde, sei ein Risikotag, so Bayer. Die FDP müsse einräumen, dass sie einen Fehler gemacht hat, und den Atomkurs korrigieren.



Wirkt bedrohlich: Die Wasserdampf Wolke des Kernkraftwerks Leibstadt ist kilometerweit zu sehen.

FOTO: KATHRIN BLUM

# Vier Bewerber wollen den Ausstieg

**BZ-UMFRAGE:** Wie stehen die fünf Landtagskandidaten des Wahlkreises Hochschwarzwald zum Thema Kernenergie?

VON UNSERER REDAKTEURIN  
KATHRIN BLUM

**REGION ST. BLASIEN.** An die dramatische Lage in Japan werden viele Menschen durch die Nachrichten erinnert – und durch den Blick aus dem Fenster: Bei klarer Sicht können sie nicht nur die Alpen sehen, sondern eben auch die Wasserdampf Wolke des schweizerischen Kernkraftwerks Leibstadt. Auf dessen Laufzeit haben die Landespolitiker zwar keinen Einfluss, jedoch auf jene der Meiler diesseits des Rheins. Wir baten die Landtagskandidaten um ihre Positionen zur Kernenergie.

**Grünen-Kandidat Reinhold Pix** sagt: „Die Entwicklung in Japan zeigt: Wir haben mit unserer Position Recht behalten.“ Es gebe keine sicheren Kernkraftwerke, auch nicht in Baden-Württemberg. Eine Laufzeitverlängerung sei für ihn „nicht hinnehmbar“. In diesem Zusammenhang kritisiert Pix die Position Stefan Mappus', der sich für längere Laufzeiten eingesetzt habe. Weit oben auf der Agenda der Grünen stünde nicht nur die

Stilllegung der Kernkraftwerke im Land, sondern auch „Anstrengungen über alle Gremien hinweg, dass auch das französische AKW in Fessenheim stillgelegt wird“. Sollten die Grünen Regierungsverantwortung übernehmen, „werden wir national und international den Ausstieg



aus der Atomenergie forcieren“, sagt Pix und ergänzt: „Bei der Förderung regenerativer Energien werden wir gewaltig nachlegen.“

**SPD-Bewerber Walter Krögner** betont: „Unser Mitgefühl ist bei den Menschen in Japan. Die dortige Entwicklung ist ein trauriger Auslöser dieser Debatte.“ Einer Debatte, die deutlich mache: „Diese Form der Energiegewinnung ist nicht

verantwortbar.“ Nicht nur die Lagerung des Atommülls berge unkontrollierbare Risiken, sondern auch der Betrieb der Kernkraftwerke. „Wir müssen uns auf den Ausstieg aus dieser Energieproduktion besinnen.“ Der Schwarzwald biete für verschiedene regenerative Formen der Energiegewinnung gute Voraussetzungen. Wind- und Sonnenenergie sollten stärker genutzt werden. Krögner findet, dass die EnBW zu einem Energieversorger umgebaut werden sollte, der auf regenerative Energien setzt.

**FPD-Kandidat Nikolaus von Gayling** hofft, dass der Ausstieg aus der Kernenergie jetzt mehrheitsfähig wird, „auch in meiner Partei“. Er habe sich schon immer gegen Laufzeitverlängerungen ausgesprochen und regenerative Energien gefördert: „Als die Regierung die Möglichkeit zur Laufzeitverlängerung beschlossen hat, habe ich auf meinem Hofgut in Kirchzarten eine kleine Wasserkraftanlage gebaut“, sagt von Gayling. Zudem habe er zwei Windkraftanlagen auf seinem Boden ermöglicht. Unabhängig von den Folgen der Katastrophe in Japan hoffe er, dass Kernkraftbefürworter nun nachdenklich

geworden sind. Von Gayling: „Sollte ich gewählt werden, werde ich darum kämpfen, dass der Ausstieg mehrheitsfähig wird. Ich bin für eine unverzügliche Abschaltung und überzeugt: es würde gehen, es würde keiner erfrieren.“

**Linke-Kandidat Armin Wolff** erklärt: „Dieses Thema hat eine traurige Aktualität und ich halte nichts davon, angesichts dieser Tragödie auf den Wahlkampfbügel aufzuspringen.“ Klar sei aber, dass seine Partei von Anfang an für einen Ausstieg aus der Kernenergie gewesen sei, „wegen der unmittelbaren Gefahr, aber auch, weil die Frage nicht geklärt ist, was mit dem Atommüll passiert“. Würde er in den Landtag gewählt, wolle er sich dafür einsetzen so schnell wie möglich aus der Kernenergie auszusteigen und auf regenerative Energien zu setzen.

**Der CDU-Landtagskandidat Klaus Schüle** wollte sich gestern nicht zum Thema Kernenergie äußern. Er sagte auf Nachfrage: „Ich bitte um Verständnis dafür, dass ich mich erst mit meiner Partei auf eine Linie einigen und eine gemeinsame Position erarbeiten möchte, bevor ich Auskunft gebe.“